

Gefährliche Entwicklung: EU-Angriff auf Sozialstandards

Das Verhältnis der ÖsterreicherInnen zur EU ist gestört. Kein Wunder: Das „Gelobte Land“ hat sich als ein Gebilde herausgestellt, in dem Sozialabbau und Arbeitslosigkeit vorherrschen. Das jüngste Beispiel für eine gefährliche Entwicklung trägt einen harmlosen Namen: „Dienstleistungsrichtlinie“. Martin Bartenstein, der Minister aus der Steiermark, treibt dieses Projekt voran.

Am 14. Februar 2006 berät das EU-Parlament in Straßburg über den Entwurf einer Richtlinie, welcher die Dienstleistungen EU-weit dem Markt unterwerfen soll. Vor dem Parlament demonstrieren Gewerkschaften, Parteien und Interessensverbände gegen dieses Vorhaben.

Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie zielt auf die Liberalisierung nahezu aller Dienstleistungen ab. Damit geht der Generalangriff auf Sozialstandards, Tariflöh-

ne, Arbeitsschutz, ökologische und Verbraucherstandards und die Daseinsvorsorge in die entscheidende Phase.

Bis 2010 will die EU-Kommission alle noch bestehenden „Hindernisse“ für grenzüberschreitende Dienstleistungen beseitigen. Mit „Hindernissen“ meint die EU vor allem Genehmigungsverfahren, die Kontrolle von Ökostandards, Kollektivverträgen oder Arbeitsschutznormen. Abschaffen will die EU die „Hindernisse“ mit dem Herkunftslandprinzip: Grenzüberschreitend tätige Dienstleister unterliegen nur den Gesetzen des Landes, in dem sie niedergelassen sind.

Sozialdumping

Große Firmen werden ihren Firmensitz in das Land mit den niedrigsten Arbeitsschutz- und Sicherheitsnormen verlegen und dann EU-weit mit Billigangeboten die Konkurrenz ausschalten. Kollektivverträge, Kündigungsschutz oder Sozialabgaben – das alles wäre dann nicht mehr zu kontrollieren.

Wenn die Altersversorgung, Kindergärten oder öffentlicher Nahverkehr nur noch von profitorientierten Konzernen abhängen, ist nicht gesichert, dass soziale Dienstleistungen flächendeckend angeboten würden. Oder sie würden zu Preisen angeboten, die für die meisten unbezahlbar sind. Außerdem sinkt die Qualität der Dienstleistungen. Die

soziale Polarisierung zwischen denen, die sich Schule, Krankenhäuser, Wasserversorgung noch leisten können, und denen, die sie sich nicht mehr leisten können, nähme zu.

Protest geht weiter

Jetzt muss gehandelt werden: Jeder Widerstand ist wichtig – von Gewerkschaften, Parteien und sozialen Bewegungen, Handwerkern, Verbraucherinnen und Verbrauchern, Gemeinden.

Der Grazer Gemeinderat und der steiermärkische Landtag haben sich gegen diese Richtlinie ausgesprochen. Im April gibt es eine gute Gelegenheit, um zu zeigen, dass man mit diesem Kurs nicht einverstanden ist: Am 21. und 22. April treffen sich – auf Einladung von Minister Bartenstein – die Wirtschaftsminister der EU in Graz zu einem informellen Gipfel mit dem Thema „Wettbewerb“.

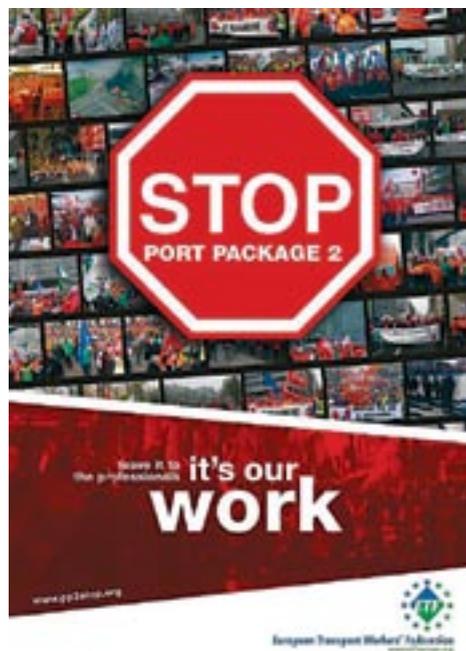
Franz Stephan Parteder



EU-KRITIK HAT SOZIALE GRÜNDE

Die steirische KPÖ ist keine Partei der Besserverdiener. Deshalb stehen wir konsequent an der Seite der sozial benachteiligten Menschen, die – wie alle Umfragen zeigen – besonders scharfe Kritik an der EU üben. Die EU-Gegnerschaft hat in Österreich vor allem soziale Gründe. 29 % wollen sogar aus der EU wieder austreten. Nur 26 % der Bevölkerung unseres Bundeslandes vertrauen der EU.

Das ist ein gutes Zeichen. Die EU kommt uns zu teuer. Wir brauchen in der Steiermark und in Europa Alternativen, die den arbeitenden Menschen nützen. Das ist eine Schlussfolgerung aus den Daten des EU-Barometers.



Roter Freitag

Eine Veranstaltungsreihe der KPÖ Graz

Alle Veranstaltungen:



Volkshaus – Karl-Drews-Club, Schützgasse 16/ Lagerg. 98a, 8020 Graz
www.kpoe-graz.at

Freitag, den 17. Februar 2006, 16:30 Uhr

„Aufgaben einer revolutionären Jugendbewegung“: Die aktuelle Situation und geplanten Kampagnen der KJÖ
Vorsitzender der KJÖ Steiermark Jakob Matscheko

Freitag, den 24. Februar 2006, 16:30 Uhr

Die Karlau: Ein virtueller Rundgang durch die Justizanstalt. Mit Mitarbeitern der Justizwache Christian Sikora und Siegfried Ploss

Freitag, den 3. März 2006, 16:30 Uhr

„Der 20. Parteitag der KPdSU“ Vor 50 Jahren, im Februar 1956, fand in Moskau der 20. Parteitag der KPdSU statt. Die Geheimrede Nikita Chruschtschows machte diesen Kongress zum historischen Ereignis.
Vortragender: Franz Stefan Parteder

Freitag, den 17. März 2006, 16.30 Uhr

„Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ – zum 24. Kapital des „Kapital“ von Karl Marx.
Vortrag und Diskussion mit Mag. Leo Kühberger

Freitag, 31. März 2006 16:30 Uhr

„Olga Benario – Ein Leben für die Revolution“
Deutschland 2004 - 92 min.
Ein Dokumentarfilm von Galip Iyitanir

